



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 35
02.09.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD bei 23 % bzw. 22 %
----------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden leicht gesunken Lage in der Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	33 (-2)	34 (-)	33 (-1)
SPD	22 (-)	23 (+1)	23 (+1)
FDP	6 (-)	6 (+1)	5 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-1)	9 (-)
B'90/Grüne	12 (-)	11 (-1)	11 (-2)
AfD	12 (+2)	12 (+1)	14 (+2)
Sonstige	6 (-)	5 (-1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	25.-31.08.	29.-31.08.

Die Union liegt bei forsa 11 (-2), bei Emnid 11 (-1) und bei infratest dimap 10 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	41 (-2)
Gabriel	17 (-)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 24 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

83 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-2) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (-1) für Merkel und 7 % (+1) für Gabriel entscheiden.

44 % (-4) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 29 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (04.09.2016)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 31

Problemlösungskompetenz

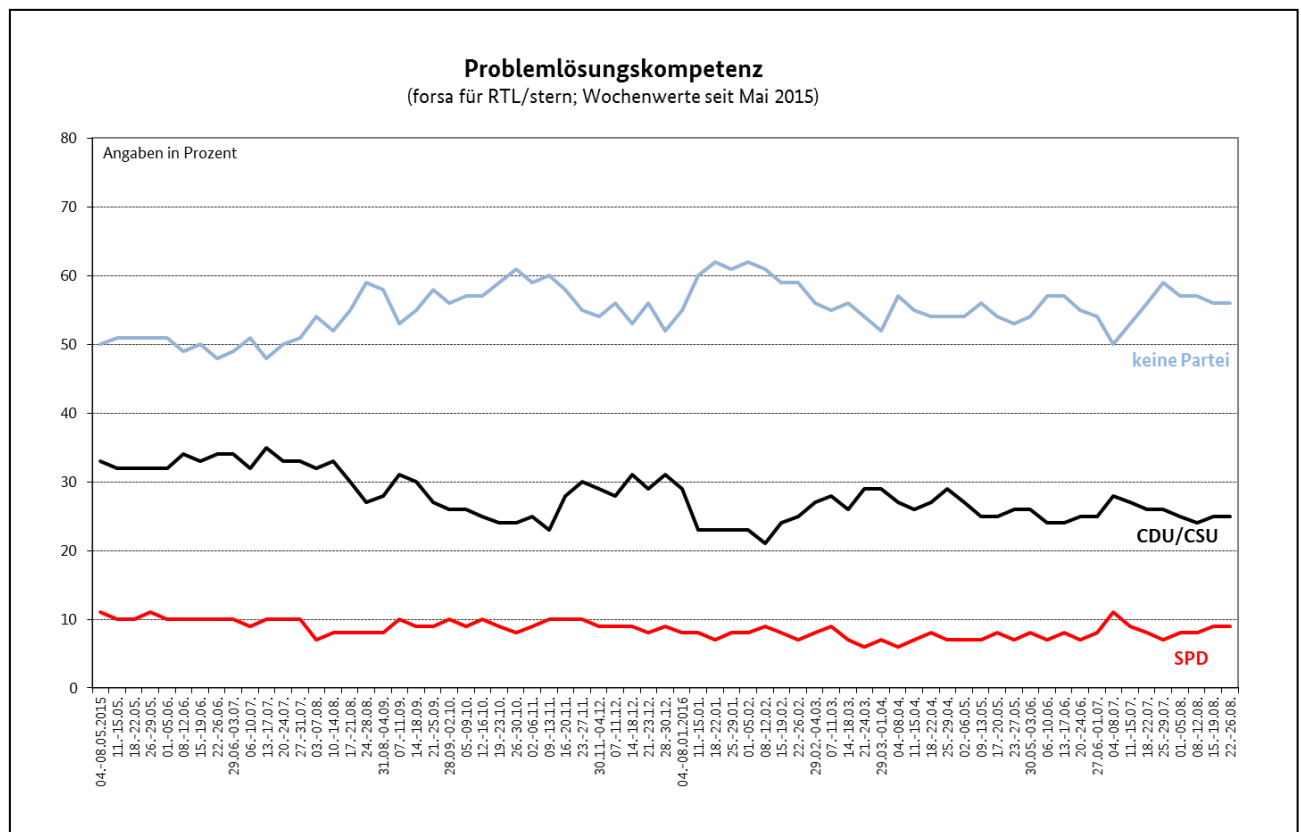
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	25	(-)
SPD	9	(-)
sonstige Parteien	10	(-)
keine Partei	56	(-)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

67 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 33 % (-5) von ihrer Partei.



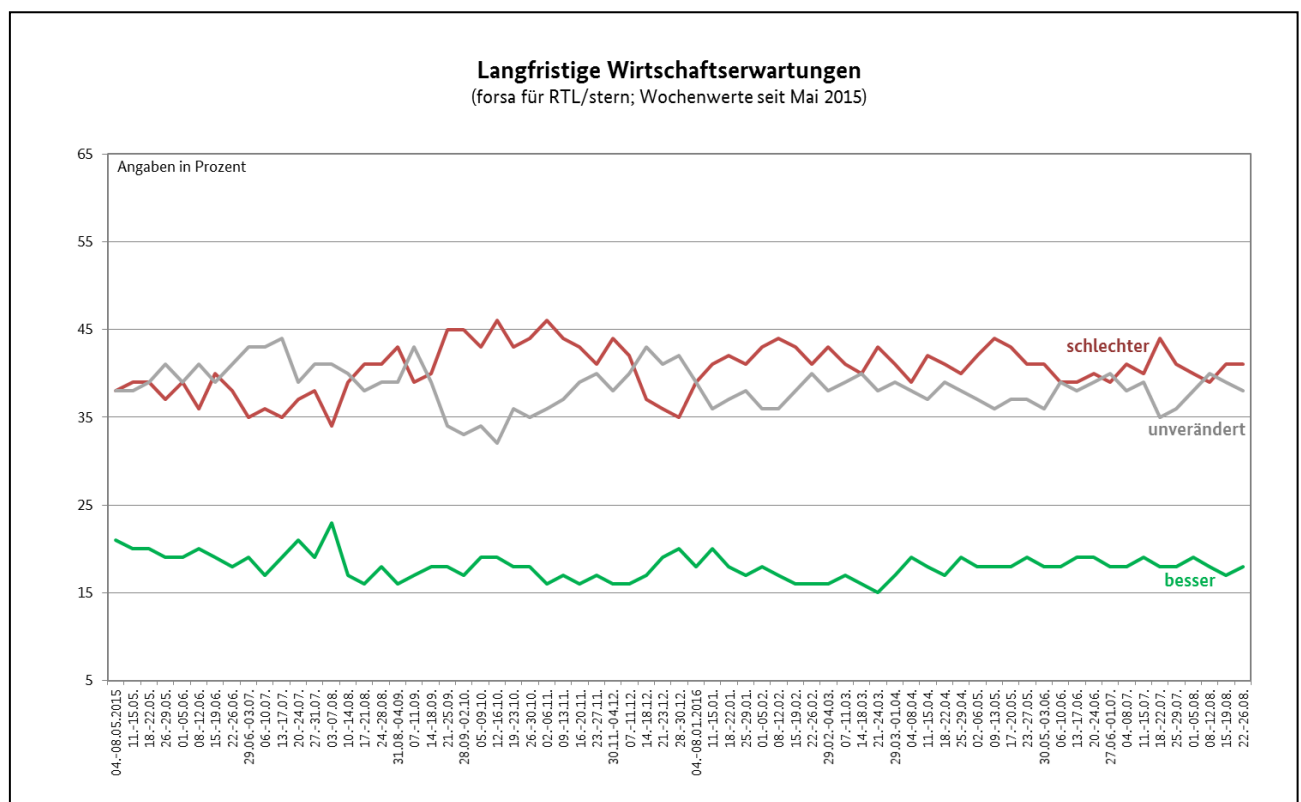
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(+1)
schlechter	41	(-)
unverändert	38	(-1)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 32

	forsa für BPA	
sehr große	15	(-)
große	46	(-4)
wenig	31	(+3)
keine	7	(+1)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	

Anhänger der AfD (71 %) und der Grünen (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden und Frauen häufiger als Männer (72 % zu 51 %).

Anhänger der FDP (43 %) und der Union (39 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 32

	forsa für BPA	
Syrien	18	(+6)
Türkei	16	(-8)
Islamischer Staat (IS)	15	(-2)
Krieg/Terrorismus allgemein	13	(-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10	(-4)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-)
Russland	8	(-)
Ukraine	7	(+4)
USA	5	(-2)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5	(-1)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Syrien die größte Gefahr für Deutschland.

Gutverdiener (23 %) sowie Anhänger der FDP (25 %) nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Für unter 30-Jährige geht von der Terrorgruppe IS (19 %) sowie von Krieg und Terrorismus allgemein (18 %) die größte Gefahr für Deutschland aus.

Die Lage in der Türkei wird von Ostdeutschen (18%), Frauen (19 %), über 60-Jährigen (21 %) und formal höher Gebildeten (20 %) als größte Gefahrenquelle benannt. Auch FDP-Anhänger nennen sie überdurchschnittlich häufig (25 %).

Für Anhänger der AfD (17 %) stellen die Flüchtlinge überdurchschnittlich häufig die größte Gefahrenquelle für Deutschland dar.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 32

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	31	(+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10	(-2)
Deutschland tut bereits genug	56	(-)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	

Unter 30-Jährige (43 %) sowie Anhänger der Grünen (46 %) und der Linkspartei (37 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte. Formal höher Gebildete sind häufiger dieser Meinung als Personen mit formal einfacher und mittlerer Bildung (37 % zu 25 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (36 % zu 25 %).

Hingegen sind Anhänger der AfD (28 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 60-Jährige (66 %), Männer (61 %) sowie Anhänger der Union (65 %), der FDP (62 %) und der SPD (61 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 32

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42	(-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	37	(+1)
Erhebungszeitraum	22.-26.08.	

Anhänger der AfD (67 %) sowie Personen mit formal einfacher Bildung (50 %) und Geringverdiener (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (27 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (48 %), der Union (47 %) und der SPD (44 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	40 (+10)
Umwelt- und Naturkatastrophen/Erdbeben in Italien	9 (neu)
Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP, CETA	8 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	8 (+1)
Politische Situation in der Türkei allgemein, Militärputsch	6 (-5)
Terroranschläge/Anschläge in Würzburg, München und Ansbach	5 (-7)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	5 (-1)
Erhebungszeitraum	30.-31.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig nennen Anhänger der AfD (63 %), der Linkspartei (49 %), der SPD (47 %) und der Union (46 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Über 65-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 35-Jährige (50 % zu 30 %). Ostdeutsche (34 %) und Anhänger der FDP (33 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der Grünen (27 %), der Linkspartei (18 %), der FDP (13 %) und formal höher Gebildete (14 %) nennen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA überdurchschnittlich häufig.

Ostdeutsche (14 %) beschäftigen sich überdurchschnittlich oft mit der Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland.

